

NEWSLETTER



Kirsten Lühmann, MdB

Newsletter 03/16 • 26.02.2016



Liebe Freundinnen und Freunde,

die Debatte um das Asylpaket II beschäftigt derzeit unserer Gesellschaft und wird im Deutschen Bundestag intensiv beraten. Es beinhaltet Regelungen, die dazu beitragen, die Asylverfahren zu ordnen, besser zu steuern und zu beschleunigen, ohne dabei die Grundsätze der Einzelfallprüfung aufzugeben. Es stellt einen Kompromiss zwischen den Koalitionspartnern dar. Der Integrationsprozess für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive wird damit erheblich verbessert und eine Voraussetzung für eine wahre Willkommenskultur geschaffen. Logische Folge ist jetzt ein zügig zu verabschiedendes Integrationspaket. Vorschläge dazu liegen von Seiten der SPD vor, im Gegensatz zu manchen Ideen anderer Parteien ist unser Vorschlag auch mit Geldern unterlegt. Denn Integration findet vor Ort in den Kommunen statt. Sie kann nur gelingen, wenn sowohl die Bereitschaft dazu von Neubürgern und Einheimischen vorhanden ist und auch ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, um die nötigen Maßnahmen, u.a. zum Spracherwerb, finanzieren zu können.

Gleichwohl laufen Teile des Asylpakets II Gefahr, zu einer reinen Symbolpolitik zu verkommen. So sieht das Paket u.a. vor, den Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige befristet für zwei Jahre auszusetzen und zielt damit auf eine Reduktion des Flüchtlingszustroms ab. Allerdings wurden im vergangenen Jahr 137.136 Personen als Flüchtlinge anerkannt, lediglich 1.707 Personen erhielten subsidiären Schutz. Zudem wird entsprechend der Regelung in begründeten Fällen eine Aufnahme der Eltern subsidiär schutzbedürftiger Minderjähriger zugelassen. 2015 wurden aber gerade einmal 105 Minderjährige als subsidiär schutzbedürftig anerkannt. Damit wird das angebliche Ziel der Regelung unwirksam. Angesichts der Aussagen von Minister de Maizière im Oktober letzten Jahres besteht allerdings die Gefahr, dass die Zahl der Betroffenen deutlich steigen wird: Nach der Rechtsauffassung der CDU sind fast alle Menschen aus Syrien nur subsidiär Schutzbedürftig. Dies führt jedoch nicht zu weniger Flüchtenden sondern nur zu mehr illegaler Einwanderung und damit zu mehr Chaos, denn niemand wird seine Familie jahrelang mit unbestimmter Perspektive in unsicheren Ländern zurücklassen. Die Flüchtlinge werden ihre Familien wenn nötig auf illegalem und gefährlichem Wege zu uns nach Deutschland holen. Wir riskieren damit, dass es anstelle geordneter Asylverfahren zu unübersichtlichen und ungeordneten Verfahren kommen wird. Tatsächlich aber benötigen wir Regelungen und Maßnahmen, die dazu beitragen, die Flüchtlingszahlen zu reduzieren, ohne menschliches Leben zu gefährden.

Aufgrund von zwei klaren Zusagen u.a. von Minister de Maizière aus dieser Woche, nämlich dass es zu keiner deutlichen Anhebung der Zahl subsidiär Schutzbedürftiger kommen wird und dass wir zeitnah ein weiteres Integrationspaket verabschieden werden, habe ich, auch unter starken Bedenken, dem Gesetz am Donnerstag zugestimmt.

INHALT

- 2 Fahrplan der Bundesregierung in der Flüchtlingsfrage
- 4 Leichtere Ausweisung straffälliger Ausländer
- 5 Empfang der SPD-Fraktion zum Internationalen Frauentag 2016
- 6 Zukunftsgespräch zur sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland
- 7 Wasserrecht wird an EU-Recht angepasst
- 8 Staat fördert Maßnahmen zum Einbruchschutz
- 9 Otto-Wels-Preis für Demokratie 2016
- 10 Mehr Sicherheit im Straßenverkehr - Tempo 30 vor Schulen und Begleitung Rad fahrender Kinder wird verbessert
- 11 Trotz enger werdender Spielräume: Die Verkehrssicherheitsarbeit nach wie vor auf Erfolgskurs!
- 12 Bund genehmigt kurzfristig Gelder für Planung - Breitbandausbau in Celle am Start / Lühmann begrüßt Planungsgruppen als konsequente Fortsetzung des Dialogforums

IMPRESSUM

Kirsten Lühmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
kirsten.luehmann@bundestag.de

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



TOP-Thema

Fahrplan der Bundesregierung in der Flüchtlingsfrage

Seitdem die Flüchtlingszahlen im vergangenen Sommer auch in Deutschland deutlich angestiegen sind, hat die Bundesregierung in drei Gesetzespaketen zahlreiche Maßnahmen vereinbart und bereits umgesetzt, um die Lage zu bewältigen. Diese schließen innen- und außenpolitische Maßnahmen ein und können nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Nur wenn wir die Fluchtursachen erfolgreich bekämpfen und die Situation der Menschen in den Flüchtlingscamps in der Türkei, im Libanon und in Jordanien verbessern, wird der Flüchtlingszustrom nach Deutschland und Europa mittelfristig abnehmen. Neben entsprechenden langfristigen Lösungsansätzen hat die Bundesregierung innenpolitische Maßnahmen beschlossen, um die Asylverfahren zu ordnen, besser zu steuern und zu beschleunigen. Populistische Maßnahmen wie Grenzkontrollen sind keine dauerhafte Lösung des Problems und gefährden überdies den Zusammenhalt Europas. Ein zeitweiliges Aussetzen des Schengen-Vertrages schadet der exportorientierten deutschen Wirtschaft und kann allein in Deutschland zu Milliardenverlusten führen, die Wirtschaft destabilisieren und Arbeitsplätze gefährden. Flüchtlingskontingente wie von unserem Nachbarn Österreich eingeführt, sind laut EU-Kommission ein Verstoß gegen EU-Recht und damit unrechtmäßig.

Im Folgenden möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über die wichtigsten Maßnahmen und die Strategie der Bundesregierung bei der Lösung der Flüchtlingsfrage geben:

Innenpolitisch sind ein kontrollierter Zuzug von Asylbewerbern und schnelle Asylverfahren eine Voraussetzung für eine gute Flüchtlings- und Asylpolitik. Bei der Bundespolizei werden in den nächsten drei Jahren zusätzlich 3000 Stellen geschaffen, um die Registrierung von Flüchtlingen an den Grenzen sicherzustellen. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden neue Personalstellen geschaffen damit Asylverfahren geord-

net und zugleich beschleunigt werden. Die Liste sichere Herkunftsstaaten wurde um Albanien, Kosovo und Montenegro erweitert, um die wirklich Schutzbedürftigen schneller zu identifizieren. Darüber hinaus haben wir uns darauf verständigt, Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung in besonderen Aufnahmeeinrichtungen unterzubringen und die Asylverfahren schneller als bisher innerhalb einer Frist von drei Wochen abzuwickeln. Im Fall einer Ablehnung des Antrags soll ihre Rückführung zeitnah umgesetzt werden und unmittelbar aus der Aufnahmeeinrichtung erfolgen. Der Bund richtet eine Clearingstelle ein, um im Kontakt mit ausländischen Behörden schneller erforderliche Passdokumente oder Ersatzpapiere für Personen zu beschaffen, die das Land verlassen müssen. Eine eigens eingerichtete Bund-Länder-Koordinierungsstelle soll die Rückführungen stärker koordinieren. In der Folge werden nur solche Flüchtlinge mit Bleibeperspektive an die Kommunen weitergeleitet, wo sodann der Integrationsprozess ansetzt.

Viele Kommunen stoßen bei der Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Daher hat der Bund Maßnahmen zur finanziellen Entlastung beschlossen: Er beteiligt sich seit 2016 mit einer Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber an den Kosten für Unterbringung und Versorgung. Zusätzlich hat er seine Hilfe für Länder und Kommunen 2015 auf 2 Mrd. Euro verdoppelt und stellt für die Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen 350 Mio. Euro zur Verfügung. Darüber hinaus unterstützt der Bund Länder und Kommunen, weitere 150.000 Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen zu schaffen und stellt ergänzend dazu 40.000 Plätze in bundeseigenen Liegenschaften für Erstaufnahmeeinrichtungen und Wartezentren bereit.

Aus der Vergangenheit haben wir gelernt wie wichtig eine schnelle Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft ist. Der Erwerb der deutschen Sprache ist dafür eine wichtige Grundvoraussetzung. Vor diesem Hintergrund wurden die Finanzmittel für Sprach- und Integrationskurse aufgestockt und 2016 allein für Integrationskurse 250 Mio. Euro veranschlagt. Der Zugang zum Ar-

TOP-Thema



beitsmarkt wird insofern erleichtert als dass Asylbewerber und Geduldete sich bereits nach drei Monaten um einen Job auf dem regulären Arbeitsmarkt bewerben können.

Auch außenpolitisch wurden viele Anstrengungen mit dem Ziel unternommen, den Flüchtlingszuzug zu begrenzen und die Fluchtursachen zu beseitigen. Dafür verhandelt Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit allen Konfliktparteien und sucht gemeinsam eine diplomatische Lösung des syrischen Bürgerkriegs. Nur eine konsequente Anwendung dieser Strategie wird mittelfristig dazu führen, den Flüchtlingsstrom nach Europa einzudämmen.

Dazu wurde auf der Wiener Konferenz im November ein politischer Prozess angestoßen. Die Bundesregierung hat mehr Mittel für die internationale Flüchtlingshilfe bewilligt, und 1,2 Mrd. Euro zur Verfügung stellt, die in die Versorgung syrischer Flüchtlinge in den Nachbarstaaten fließen werden z.B. für Schulbildung in den Flüchtlingscamps. Im Februar 2016 hat die internationale Gemeinschaft in London eine Erhöhung der Hilfsgelder um 9 Mrd. Euro bis 2020 zugesagt, woran sich Deutschland mit 2,3 Mrd. Euro beteiligen wird.

Besondere finanzielle Unterstützung richtet sich an die Türkei, die neben dem Libanon und Jordanien überproportional viele Flüchtlinge aufgenommen hat. Die EU und ihre Mitgliedstaaten stellt ihr 3 Mrd. Euro zur Verfügung, damit sie die Flüchtlinge in ihrem eigenen Land besser versorgen kann. Mit Blick auf die oft aussichtslose Perspektive der Flüchtlinge in der Türkei erscheint mir diese Summe angemessen. Während meiner Reise in die Osttürkei im vergangenen November erfuhr ich in den Gesprächen mit den Menschen vor Ort, von der enormen Problematik, die darin besteht, dass Flüchtlinge nicht legal am Arbeitsleben teilnehmen dürfen und 90% aller Flüchtlingskinder keinen Zugang zur Schulbildung haben. Seit Januar 2016 hat sich die Lage etwas verbessert, da

Flüchtlinge seitdem legal arbeiten dürfen und sich damit ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Die Unterstützung der Türkei von Seiten der Bundesregierung darf allerdings nicht missverstanden: Wir unterstützen Menschen und Flüchtlinge in Not, um ihnen neue Perspektiven zu eröffnen. Wir tolerieren allerdings nicht den Umgang der türkischen Regierung mit politischen und ethnischen Minderheiten und müssen hier ein klares Zeichen setzen.

Diese Strategie der drei Säulen ist wichtig, um die Flüchtlingsfrage mittel- und langfristig zu lösen. Die erste Säule bezieht sich auf konkrete innenpolitische Maßnahmen. Im Inland erfolgt die Trennung zwischen Menschen mit und ohne Bleibeperspektive, die Verfahren in den Erstaufnahmeeinrichtungen werden zügiger aber unter Wahrung der Einzelfallbetrachtung abgearbeitet und solche Menschen mit Bleibeperspektive müssen vom ersten Tage an gefördert und gefordert werden, um Integration in den Kommunen zu gewährleisten. Eine zweite Säule ist die Hilfe für Drittstaaten. Diese müssen finanziell unterstützt werden, damit den Flüchtlingen ein menschenwürdiger Aufenthalt ermöglicht wird und sie nicht auf gefährlichem Wege nach Europa weiterziehen müssen. Die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Krisengebieten ist die dritte Säule dieser Strategie und nur wenn diese beseitigt werden, wird eine Senkung der Flüchtlingszahlen nachhaltig erreicht werden.



Rike / pixelio.de



TOP-Thema

Leichtere Ausweisung straffälliger Ausländer

Ein Gesetzentwurf zur leichteren Ausweisung straffälliger Ausländer ist im Bundestag beraten worden.

Nach den zahlreichen Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln hatte sich die Koalition Anfang Januar 2016 darauf verständigt, kriminelle Ausländer deutlich schneller auszuweisen. Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte begründen zukünftig ein so genanntes schwerwiegendes Ausweisungsinteresse, sofern ein ausländischer Staatsbürger hierfür zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt wurde. Die Höhe der Strafe spielt dabei keine Rolle.

Und es gilt auch, wenn diese Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde. Bislang musste die verhängte Freiheitsstrafe mindestens ein Jahr betragen, um ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse zu begründen. Auch Eigentumsdelikte wie Diebstahl können zur Ausweisung führen, wenn sie unter Gewalt, List, Drohung oder von Serientätern verübt werden. „Die besondere Betonung liegt hier auf Gewaltdelikten, diese dulden wir nicht und drohen in einem solchen Fall mit der sofortigen Ausweisung“, betont Kirsten Lühmann. Sie fügt hinzu:

„Gleichwohl dürfen kleinere Straftaten ohne Gewaltanwendungen, die aus der reinen Not heraus entstehen, nicht zwangsläufig zu einer Ausweisung führen“. Es muss stets eine Einzelfallabwägung aller Interessen erfolgen.

Gesamtabwägungen über Rechtstreue

Ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse liegt in den oben genannten besonderen Delikten und Begehungsweisen ab einem Jahr, bei allen anderen Delikten ab einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren vor.

Zudem sieht der Gesetzentwurf vor, dass Asylbewerber, die Straftaten begehen, trotz Vorliegen von Fluchtgründen leichter als bislang die rechtliche Anerkennung als Flüchtling versagt werden kann.

Derzeit verhandelt Frank-Walter Steinmeier mit den Aufnahmestaaten in Nordafrika über die Vorgehensweisen bei der Rückführung solcher Straftäter. Da die entsprechenden Ausweisdokumente oft nicht vorliegen, ist eine Rücküberweisung in solche Staaten in der Praxis sehr schwer und nur eine geringe Anzahl der Straftäter kann letztlich in den Herkunftsstaat zurückgeführt werden. Eine Lösung zur Bewältigung des Problems sind Passersatzdokumente, die jedoch von allen Aufnahmestaaten anerkannt werden müssen.



NicoLeHe / pixelio.de



Veranstaltungen

Empfang der SPD-Fraktion zum Internationalen Frauentag 2016

Wie schließen wir in Deutschland die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern? Welche gesetzlichen Regelungen müssen auf den Weg gebracht werden? Was tun die Unternehmen gegen Lohndiskriminierung?

Auch im Jahr 2016 steht die Frauen- und Gleichstellungspolitik für die SPD-Bundestagsfraktion ganz oben auf der Agenda. Nach den erfolgreichen Gesetzesinitiativen zum Mindestlohn, zum ElterngeldPlus und zur Frauenquote werden Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) und die SPD-Bundestagsfraktion in diesem Jahr unter anderem das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern auf den Weg bringen. Denn: Noch immer beträgt die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern 22 Prozent, selbst wenn dieses strukturelle Problem von einigen Wirtschaftsvertretern als „unbereinigter“ Lohnunterschied gern kleiner gerechnet wird.

Das Thema Chancen- und Lohngerechtigkeit ist den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten so wichtig, dass sie es am 17. Februar 2016 zum Motto ihres traditionellen Frauentagsempfangs im Bundestag gemacht haben.

Mehr Gerechtigkeit, mehr Rechtssicherheit

Mit einem ironischen Poetry-

Slam zur „Frauenarbeit“ stimmte die Lesebühnenautorin Sarah Bosetti die rund 250 anwesenden Gäste in die „Fishbowl“-Diskussion zum Thema „Gesetzliche Regelungen für mehr Lohngerechtigkeit“ ein, die von der Deutschlandradio-Moderatorin Nana Brink geleitet wurde.

Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, skizzierte die Eckpunkte des geplanten Gesetzes für mehr Transparenz und Lohngerechtigkeit und

betonte: Auch wenn das Gesetz nur in Betrieben mit über 500 Beschäftigten Anwendung finde, mache es „eine Tür auf“, die nicht wieder zufällt. Darauf könne man in der nächsten Legislaturperiode aufbauen und Vereinbarungen auch für kleinere Unternehmen zur Pflicht zu machen, sagte sie.

Sönke Rix, frauenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sagte, beim Thema „gleiche und gleichwertige Bezahlung von Männern und Frauen“ brauche es einen langen Atem. Rix erinnerte an die fraktionsübergreifende "Frauenpower" beim Gesetz für die Frauenquote. Da es auch hier wieder um „eine Frage der Gerechtigkeit“ gehe, rief er dazu auf, noch stärker Solidarität zu üben.

Mehr Gleichwertigkeit von Berufen

Zudem waren sich die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer einig: Um Lohnlücken zu schließen, muss man vor allem auch über die Aufwertung von bisher frauendominierten Berufen, also von sozialen und pädagogischen Berufen sprechen. „Warum wird die Pflege von Menschen schlechter entlohnt als die Reparatur einer Waschmaschine?“, fragte Elke Ferner in die Runde – und erhielt viel Zustimmung.

Bei so genannter Frauenarbeit handele es sich oft um Arbeit, die früher ehrenamtlich

verrichtet wurde, erklärte Carola Reimann, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Heute seien diese Berufe häufig steuer- oder beitragsfinanziert. Das Problem: Ein Anheben des Lohns für diese Beschäftigten müsste über Sozialversicherungsbeiträge oder Zuzahlung der Pflegebedürftigen gegenfinanziert werden. Das sei bisher eines der stärksten Argumente gegen die finanzielle Aufwertung dieser Berufe, sagte sie, zeigte sich aber zuversichtlich: Diese Frage habe auch bei der Einführung des Mindestlohns eine Rolle gespielt.



Foto: Andreas Amann



Veranstaltungen

Mehr Transparenz in Betrieben

Dass man die breite Bevölkerung beim Thema Entgeltgleichheit hinter sich habe, bestätigte Carsten Wippermann, Leiter des DELTA-Instituts für Sozial- und Ökologieforschung. 90 Prozent der Frauen empfänden es als Skandal, dass Frauen schlechter bezahlt würden, und 76 Prozent der Männer stimmen dem zu, zitierte Wippermann die Ergebnisse einer repräsentativen Studie. Mit überwältigender Mehrheit stehe die Bevölkerung hinter der Forderung nach Transparenz bei betrieblichen Entgeltstrukturen.

Dass Unternehmen auch ohne gesetzliche Verpflichtung beim Thema Lohngerechtigkeit aktiv werden können, zeigte Kerstin Oster, Vorständin für Personal und Soziales bei den Berliner Wasserbetrieben. Sie erklärte, wie ihr Betrieb mit Hilfe des von der Hans-Böckler-Stiftung entwickelten Entgeltgleichheits-Checks verdeckte Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern im Betrieb analysiert. Dabei handele es sich um eine Art „Handwerkskasten“ mit verschiedenen Instrumenten, "mit denen wichtige Entgeltbestandteile wie Grundgehalt, Stufensteigerungen oder Leistungsvergütungen auf mögliche Diskriminierungspotentiale geprüft werden können", so Oster. Das schaffe Transparenz, auch wenn es nicht ganz einfach sei, insbesondere in sehr technisch orientierten Betrieben mit männerdominierten Berufen.

Mehr Frauensolidarität auch mit Flüchtlingen

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann wies darauf hin, dass die SPD mit 82 Frauen die Fraktion mit den meisten Frauen im Bundestag ist. Zugleich schlug er einen Bogen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik: Oppermann thematisierte die Notwendigkeit sicherer Fluchtwege und die „Schlüsselrolle“ von Frauen bei der Integrationsarbeit – sowohl auf Seiten der Helferinnen und Helfer, als auch unter den nach Deutschland kommenden Geflüchteten. Von den bisherigen Errungenschaften der deutschen Gleichstellungspolitik sollten sie genauso profitieren (lernen) – zu ihrem eigenen Vorteil und als kulturelle Mittlerinnen bei der Verteidigung gleicher Rechte für Frauen und Männer.

Hier sind Impressionen vom Frauentagsempfang zu finden: <https://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion>

Zukunftsgespräch zur sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland

Die Durchsetzung allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahlen ist eine der großen historischen Errungenschaften der Moderne. Dennoch gehen immer weniger Bürgerinnen und Bürger zur Wahl. Warum sinkt die Wahlbeteiligung und was könnte man dagegen tun? Darüber haben SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) am Donnerstag im SPD-Fraktionssaal in Berlin diskutiert.

Die sinkende Wahlbeteiligung schade der Demokratie, weil Wahlen immer weniger repräsentativ seien und eine immer größere soziale Spaltung aufwiesen, betonte Professor Robert Vehrkamp. Der Direktor des Programms "Zukunft der Demokratie" der Bertelsmann Stiftung warf besonders zwei wissenschaftliche Erkenntnisse zu „Nichtwähler-Milieus“ in die Runde: Je geringer das Haushaltseinkommen und der Bildungsstand, desto niedriger sei auch die Wahlbeteiligung. Und: Nichtwählen vererbt sich. Wer also aus einem "Nichtwähler-Haushalt" kommt, begeistert sich in der Regel auch im Laufe seines Lebens nicht mehr für sein Wahlrecht. Vehrkamp ist überzeugt: Der wichtigste "Hebel" sei daher die Steigerung der Erstwählerbeteiligung. Je früher und je häufiger Erst- und Jungwähler ihre Stimme abgeben, desto höher fiele langfristig auch die allgemeine Wahlbeteiligung aus. Darüber hinaus nannte er sieben weitere Lösungsstrategien für mehr Wahlbeteiligung: eine staatlich finanzierte Haustür-Mobilisierungskampagne speziell für Nichtwähler, eine Reform der Parteienfinanzierung, die Modernisierung der Urnenwahl, die stärkere Nutzung des Internets und der Potenziale der Briefwahl, eine Zusammenlegung von Wahlterminen und die Vereinfachung des Wahlrechts, damit die Bürgerinnen und Bürger den Zusammenhang zwischen Stimmabgabe und der letztendlich erteilten Mandate verständlicher nachvollziehen können.

Menschen wieder für Politik und Demokratie mobilisieren

In der anschließenden Diskussionsrunde warnte Norbert Lammert davor, die abnehmende Wahlbeteiligung weder zu banalisieren noch zu dramatisieren. „Die allermeisten stabilen und älteren Demokratien um uns herum würden sich beglückwünschen, wenn sie die

Umwelt



Wahlbeteiligung erreichten, die hierzulande Anlass zur Besorgnis gibt", gab Lammert zu Bedenken.

Thomas Oppermann entgegnete, er sehe es durchaus mit Sorge, dass die Wahlbeteiligung kontinuierlich sinkt, „weil damit auch die Wertschätzung für unsere Demokratie ein bisschen in Frage steht“. Für ihn sei Wählen "eine demokratische Pflicht". Und für Politik und Demokratie müsse man die Menschen wieder begeistern im Sinne des "Empowerment"-Ansatzes.

Besorgniserregender sieht Lammert den zu beobachtenden Mitgliederschwund der politischen Parteien. Auf die Frage der Moderatorin, der "Spiegel"-Journalistin Christiane Hoffmann, ob sich Bürger durch die Volksparteien nicht mehr vertreten fühlten, sagte der Bundestagspräsident: "Jede einfache Erklärung ist falsch oder zumindest unvollständig". Vielmehr seien "Individualisierung von Interessen und Bedürfnissen" dafür verantwortlich, dass sich Bürger nicht mehr vertreten fühlten. Da hätten es Parteien als "Agenturen" für eher "konzeptionelle Gesellschaftsentwicklungen" nicht leicht.

Thomas Oppermann griff unter anderem die von Professor Vehrkamp eingeführte Erklärung der sozialen Herkunft und des sozialen Umfelds auf: Menschen gingen wählen, wenn es ihr Umfeld auch tut. In einigen Wohnquartieren und Stadtvierteln herrsche "Resignation" aufgrund der Meinung, dass Wahlen nichts bewirkten. Mögliche Lösungsansätze, dem entgegenzuwirken, sieht er unter anderem im Ausbau der politischen Bildung und einer "gemäßigten plebiszitären Demokratie", in der Bürgerinnen und Bürger auch während der Legislatur "die Regierungsmehrheit punktuell korrigieren können".

Einig waren sich beide Parlamentarier in ihrer Ablehnung einer "Wahlpflicht" und in der Einschätzung, dass Parteien mit extremistischen Positionen bei einer hohen Wahlbeteiligung weniger Erfolgsaussichten hätten. "Hohe Wahlbeteiligungen tragen eher zur Stabilisierung eines demokratischen Spektrums bei", so Lammert.

Die Livestream-Aufzeichnung der Veranstaltung ist auf dem YouTube-Kanal der SPD-Bundestagsfraktion zu finden unter: <https://youtu.be/D2SI2lviAgQ>

Fotos der Veranstaltung stellt die SPD-Fraktion auf ihrem Flickr-Account bereit: <https://flic.kr/s/aHskuTzWiH>.

Wasserrecht wird an EU-Recht angepasst

Das Wasserhaushaltsgesetz soll an das EU-Recht angepasst werden. Einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung stimmte der Bundestag am Donnerstag zu.

Mit der Gesetzesänderung sollen die Begriffsdefinitionen der Wasserdienstleistung und der Wassernutzung aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie im Wasserhaushaltsgesetz verankert werden. Zudem soll eine Regelung zur Deckung der Kosten der Wassernutzung übernommen werden. Demnach gilt künftig vor allem das Verursacherprinzip, wenn es im Rahmen von Wassernutzung „zu Beeinträchtigungen oder Schädigungen der aquatischen Umwelt“ kommt, heißt es in der Begründung. Eine weitere Änderung ist im Abwasserabgabengesetz vorgesehen. Damit soll der Status quo der Festsetzung der Abwasserabgabe beibehalten werden.

Bei der neuen Kosten-Norm handle es sich um eine Grundsatzregelung zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie. Sollten zur Erreichung dieser Ziele spezielle „ökonomische oder fiskalische Instrumente“ nötig werden, müssten dafür eigene Rechtsgrundlagen geschaffen werden, betont die Bundesregierung in der Begründung.



Mario Heinemann / pixelio.de



KfW Programm

Staat fördert Maßnahmen zum Einbruchschutz

Die Zahl der Einbrüche in Deutschland ist rapide gestiegen. Bundesweit liegt die Zahl pro Jahr bei 150.000. Die Nachfrage bei Sicherheitsfirmen wächst und wächst. Für die SPD-Fraktion ist es deshalb sehr wichtig, dass alle Menschen sich und ihre Wohnungen oder Häuser schützen können, und zwar unabhängig, davon, ob sie reich sind oder nicht.

Deshalb hat vor einiger Zeit das SPD-geführte Bundesbauministerium unter Barbara Hendricks gemeinsam mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Präventionsprogramm entwickelt, mit dem Ziel finanzielle Unterstützung bei Maßnahmen für den Einbruchschutz zu gewähren. Das KfW-Programm läuft seit Ende November 2015 unter dem Titel „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“. Schon jetzt haben mehr als 4000 Bürger einen Antrag gestellt, wie die KfW aktuell mitteilt.

Für die Förderung von Maßnahmen zum Einbruchschutz stehen bis 2017 insgesamt 30 Millionen Euro zur Verfügung.

Wer wird gefördert?

Gefördert werden natürliche Personen, z. B.:

- Eigentümer von selbst genutzten oder vermieteten Ein- und Zweifamilienhäusern mit maximal zwei Wohneinheiten,
- Eigentümer von selbst genutzten oder vermieteten Eigentumswohnungen in Wohnungseigentümergeinschaften bei Vorhaben am Sondereigentum Wohnungseigentümergeinschaft bei gemeinschaftlichen Vorhaben,
- Mieter.

Über das KfW-Darlehensprogramm werden zudem alle Träger von Investitionsmaßnahmen an selbst genutzten oder vermieteten Wohngebäuden sowie Eigentumswohnungen gefördert (z. B. auch Wohnungsunterneh-

men, Wohnungsgenossenschaften).

Was wird gefördert?

- Einbau und Nachrüstung einbruchhemmender Haus- und Wohnungseingangstüren,
- Einbau von Nachrüstsystemen für Fenster,
- Einbau einbruchhemmender Gitter und Rollläden,
- Einbau von Einbruchs- und Überfallmeldeanlagen,
- Baugebundene Assistenzsysteme (z. B. Bild-, Gegensprechanlagen), baugebundene Not- und Rufsysteme, Bewegungsmelder).

Die Arbeiten sind durch ein Fachunternehmen auszuführen.

Wie und in welchem Umfang wird gefördert?

Gefördert werden das Material sowie der fachgerechte Einbau durch Fachunternehmen:

Finanzierung als Zuschuss

- Zehn Prozent der Investitionssumme von maximal 15.000 Euro beim Einbruchschutz,
- 200 bis 1500 Euro Zuschuss pro Wohneinheit, d. h. Mindestinvestition von 2000 Euro,
- Der Antrag wird vor Beginn des Umbaus direkt bei der KfW gestellt.

Finanzierung als Kredit

- maximaler Kreditbetrag 50.000 Euro pro Wohneinheit,
- Der Antrag wird vor Beginn des Umbaus bei einem frei zu wählenden Finanzierungs-partner gestellt.

Nicht gefördert werden bereits begonnene oder schon abgeschlossene Vorhaben, Ferien- und Wochenendhäuser sowie gewerblich genutzte Flächen.

Hier gibt es weitere Informationen zu dem Programm: https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen-Details_311360.html



Wettbewerb

Otto-Wels-Preis für Demokratie 2016

Die SPD-Bundestagsfraktion verleiht in diesem Jahr zum vierten Mal den „Otto-Wels-Preis für Demokratie“. Jugendliche und junge Erwachsene sind im Rahmen eines Kreativ-Wettbewerbs aufgerufen, sich mit dem Thema „Zukunft Europa(s)“ auseinanderzusetzen.

Anliegen des Otto-Wels-Preises ist es, die Erinnerung an die Schrecken der Nazi-Herrschaft wachzuhalten und das Bewusstsein gerade auch der jungen Generation dafür zu schärfen, dass die Grundlagen unserer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Kulturen immer wieder erneuert und gefestigt werden müssen.

Kreativwettbewerb für Jugendliche

Mit dem diesjährigen Preis zeichnet die SPD-Bundestagsfraktion junge Menschen aus, die sich in kreativer Weise mit der Frage nach der Zukunft Europas auseinandersetzen.

Die Europäische Integration war nach zwei Weltkriegen die Antwort auf Nationalismus, Diktatur und Krieg, auf massenhafte Flucht und Vertreibung in Folge des nationalsozialistischen Terrors. Doch die Frage nach der Zukunft Europas ist derzeit offener denn je. Zahlreiche Herausforderungen stellen die europäische Politik und Gesellschaft vor eine ernsthafte Bewährungsprobe. Bei der Suche nach der Antwort auf die Frage wie Europas Zukunft aussehen soll, kommt der jungen Generation eine besondere Bedeutung zu. Sie hat jetzt die Chance, die Zukunft mitzugestalten und die europäische Idee zu neuem Leben zu erwecken. Mit dem Wettbewerb zum Otto-Wels-Preis für Demokratie 2016 möchte die SPD-Bundestagsfraktion deshalb einen Beitrag dazu leisten, bei der jungen Generation Begeisterung für Europa zu wecken.



FotoHiero / pixelio.de

Der von der SPD-Bundestagsfraktion ausgeschriebene Kreativ-Wettbewerb richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 20 Jahren. Im Rahmen kreativer Arbeiten soll das Thema „Zukunft Europa(s)“ bearbeitet werden.

Den Gewinnerinnen und Gewinnern winken attraktive Geldpreise, die von den SPD-Bundestagsabgeordneten gestiftet werden, sowie eine Einladung zur Preisverleihung in Berlin. Einsendeschluss ist der 29. März 2016.

Die ausführliche Wettbewerbs-Ausschreibung inkl. Aufgabenstellung und das Teilnahmeformular können unten als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Zukunft Europa(s)

„Es ist die Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie (...), in dem wir ihr eine Struktur geben, in welcher sie in Frieden, in Sicherheit und in Freiheit bestehen kann. Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten.“

(Winston Churchill, Rede an die Jugend, Zürich, September 1946).

Nach zwei Weltkriegen war die Europäische Integration Mitte des letzten Jahrhunderts die Antwort auf Nationalismus, Diktatur und Krieg, auf massenhafte Flucht und Vertreibung in Folge des nationalsozialistischen Terrors. Die Versöhnung zwischen den Völkern und die Überwindung der nationalstaatlichen Rivalität durch die Idee eines zusammenwachsenden Europas machten unseren Kontinent zu einem Ort des Friedens, der Freiheit und der Demokratie, der internationalen Solidarität und eines wachsenden Wohlstandes.

Gut 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und fast 60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge steht Europa vor einer ernsthaften Bewährungsprobe. Zahlreiche Herausforderungen stellen die Politik und die Gesell-



schaft des Kontinents vor eine Bewährungsprobe. Die Finanz- und Wirtschaftskrise mit teilweise massiven sozialen Verwerfungen ist noch nicht überwunden. Eine solidarische Antwort auf die Flüchtlingsfrage steht aus. Tendenzen einer Renationalisierung in Europa und offener Rassismus gegen Menschen, die in Europa Schutz suchen, sind besorgniserregend. Während die vielfältigen Herausforderungen gemeinsame Antworten verlangen, nimmt die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ab. Das Zusammenwachsen Europas ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Frage nach der Zukunft Europas ist offener denn je.

Um die europäische Einheit zu bewahren, darf die Debatte über Europa nicht auf einen bloßen Krisendiskurs beschränkt werden. Vielmehr gilt es, die europäische Idee wieder weiterzudenken und eine neue Faszination zu entfalten. Mit dem „Otto-Wels-Preis für Demokratie 2016“ möchte die SPD-Bundestagsfraktion einen Beitrag dazu leisten, das Bewusstsein Jugendlicher und junger Erwachsener für die Errungenschaften der europäischen Einheit zu schärfen, ihre Identifikation mit Europa zu stärken und zum Nachdenken über die Zukunft der europäischen Einigung anzuregen.

Über die Zukunft Europas entscheidet Europas Jugend. Ihr galt Winston Churchills berühmter Appell aus dem Jahr 1946, der heute so aktuell ist wie vor 70 Jahren: „Let Europe arise!“

Hintergrund: Otto Wels

Im Jahr 1933 begründete der damalige SPD-Parteivorsitzende Otto Wels in einer mutigen Rede vor dem Deutschen Reichstag die Ablehnung des so genannten Ermächtigungsgesetzes der Nationalsozialisten durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Mit dem Gesetz entmachtete Hitler damals das Parlament und hebelte die Demokratie in Deutschland aus. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte als einzige gegen das Gesetz.

Hier lässt sich die Wettbewerbsausschreibung herunterladen: http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/wettbewerbsausschreibung_otto-wels-preis-2016.pdf

Und hier geht es zum Teilnahmeformular: http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/formular_wettbewerb_otto-wels-preis-2016_aktiv.pdf

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr - Tempo 30 vor Schulen und Begleitung Rad fahrender Kinder wird verbessert

Das Bundesverkehrsministerium veröffentlichte jetzt einen Verordnungsentwurf, der u.a. die Anordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Hauptstraßen vor Schulen, Kindergärten, KITAs und Senioreneinrichtungen erleichtert. Außerdem sieht der Text vor, dass Rad fahrende Kinder auf Gehwegen von einer Aufsichtsperson begleitet werden dürfen.

„Kommunen wissen am besten, wo Gefahrenstellen lauern. Jetzt werden sie endlich in die Lage versetzt, dort unbürokratisch Tempo 30 anordnen zu dürfen. Dies verbessert die Verkehrssicherheit und eröffnet die Chance, die Unfallzahlen innerorts und besonders die Opferzahlen unter zu Fuß Gehenden - auch bei Kindern - zu senken“, sagt die Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann.

Die vorgelegte Änderung der StVO ermöglicht, Tempo 30 vor Schulen, Kindergärten, KITAs und Senioreneinrichtungen anzuordnen, bevor schwere Unfälle passiert sind, allein weil durch die Verkehrssituation eine große Gefahr dafür besteht. Das war vorher, besonders auf innerörtlichen Bundesstraßen, nicht möglich. Es musste ein "Unfallschwerpunkt", also tatsächlich passierte Unfälle, nachgewiesen werden.

Auch die Begleitung Rad fahrender Kinder auf dem Gehweg ist ein wichtiges Signal an die Eltern, die nicht länger gegen die StVO verstoßen, wenn sie in unmittelbarer Nähe und Sichtweite ihrer Kinder sein wollen. "Als fahrradfahrende Mutter stand ich oft genug vor der Frage, ob ich vorschriftsmäßig auf der Fahrbahn bleibe und unsere Töchter alleine auf dem Gehweg fahren lasse, ohne dass ich, insbesondere bei Ausfahrten und Einmündungen, eingreifen kann. Diese Regelung verlangt auch von den Begleitpersonen besondere Rücksichtnahme, insgesamt erwarte ich mir dadurch aber auch eine Senkung der Unfallzahlen, besonders mit Kindern als Opfer.“, so Kirsten Lühmann.



Trotz enger werdender Spielräume: Die Verkehrssicherheitsarbeit nach wie vor auf Erfolgskurs!

Zum 54. Verkehrsgerichtstag in Goslar ziehen die Sprecherin für Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion, Kirsten Lüthmann, und die zuständige Berichterstatterin für Verkehrssicherheit, Birgit Kömpel, eine positive Zwischenbilanz. Allerdings bleibt noch viel zu tun, denn für 2015 muss wohl wieder mit einem leichten Anstieg der Verkehrstoten gerechnet werden.

„Die Halbzeitbilanz des Verkehrssicherheitsprogramms 2011-2020 ist erwartungsgemäß positiv“, stellen beide erfreut fest. Seit 2011 ist es gelungen, die Zahl der Verkehrstoten deutlich zu senken. In allen Alters- und alle Verkehrsteilnehmergruppen sind die Zahlen in erfreulichem Umfang zurückgegangen. Durchschnittlich beträgt der Rückgang 17 Prozent.

Das Ziel, die Verkehrstoten zwischen 2011 und 2020 um 40 Prozent zu senken, bleibt damit nach wie vor realistisch, aber ambitioniert. Auch die angestrebten Maßnahmen – hier seien stellvertretend das begleitete Fahren ab 17, die Kampagne des DVR „Runter von Gas“ und „Für die Liebsten“ sowie verschiedene Werbeplakate für das Tragen von Fahrradhelmen genannt – entfalten die gewünschte Wirkung und werden daher fortgeführt und teilweise erweitert. Auch die verstärkte Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Erkenntnisse beim Straßenneubau und Sanierung wirken sich zunehmend positiv aus.

Wichtigster Schauplatz der Zukunft unter Verkehrssi-



cherheitsaspekten ist das automatisierte Fahren. Auf der Autoshow von Detroit wurden dazu die ersten Ausstattungspakete mit Serienreife dem Publikum präsentiert. In Deutschland sorgt die Teststrecke auf bestimmten Teilstrecken der A 9 dafür, dass wir auch hier ganz vorne mit dabei sein werden. Aber bis zur verbindlichen Einführung bleiben die konventionellen Maßnahmen – an erster Stelle der Verkehrsteilnehmer selbst – im Fokus der Verkehrssicherheitsarbeit.

Entsprechend wird der Schwerpunkt in der zweiten Halbzeit auf Motorräder sowie ältere Verkehrsteilnehmer gelegt. Weiterhin bleibt auch die Gruppe der Fahranfänger eine wichtige Zielgruppe für Verkehrssicherheitskampagnen. Daneben stehen gezielte Maßnahmen auf Landstraßen für PKWs und Motorräder sowie innerorts für Fußgänger und Fahrradfahrer im Fokus der Verkehrssicherheitsarbeit. Verstärkt sollen hierfür auch neu zu schaffende oder bestehende Informations- und Aufklärungsplattformen in den sozialen Netzwerken herangezogen werden. Eine neue, nicht unbedeutende Zielgruppe ist mit den Flüchtlingen dazu gekommen. Viele geflüchtete Menschen sind weder mit derart dichtem Verkehr vertraut, noch können sie die Verkehrsschilder richtig lesen und deuten. Verkehrserziehung muss daher ein fester Bestandteil der Integrationskurse werden.

Beide Abgeordneten betonen daher abschließend: „Uns ist bewusst, dass eine weitere Absenkung der Zahl der Verkehrstoten und ein Erhöhen der Verkehrssicherheit überhaupt nur gelingen werden, wenn jeder Akteur in diesem Bereich seinen Beitrag dazu leistet. Auch wir als Politiker werden dies weiter mit Nachdruck tun.“

Beide Abgeordneten betonen daher abschließend: „Uns ist bewusst, dass eine weitere Absenkung der Zahl der Verkehrstoten und ein Erhöhen der Verkehrssicherheit überhaupt nur gelingen werden, wenn jeder Akteur in diesem Bereich seinen Beitrag dazu leistet. Auch wir als Politiker werden dies weiter mit Nachdruck tun.“

Beide Abgeordneten betonen daher abschließend: „Uns ist bewusst, dass eine weitere Absenkung der Zahl der Verkehrstoten und ein Erhöhen der Verkehrssicherheit überhaupt nur gelingen werden, wenn jeder Akteur in diesem Bereich seinen Beitrag dazu leistet. Auch wir als Politiker werden dies weiter mit Nachdruck tun.“



Presse

Bund genehmigt kurzfristig Gelder für Planung - Breitbandausbau in Celle am Start

In Berlin wurde dem Landkreis Celle der erste Förderbescheid über 50.000 Euro für Beratungsleistungen übergeben.

Die notwendigen Untersuchungen können nun begonnen werden, um dem Kreistag ein fundiertes Entscheidungspapier vorzulegen.

Für die Finanzierung der Projekte werden dann ergänzenden Anträge zu den jeweiligen Förderprogrammen sowohl des Landes Niedersachsen als auch der Bundesregierung erforderlich.

„Nun gilt es schnell und zeitnah den Ausbau voranzubringen. Der Landkreis verdient eine effiziente und leistungsstarken Anschluss an die Zukunft.“, so die Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann.



Lühmann begrüßt Planungsgruppen als konsequente Fortsetzung des Dialogforums

Die Deutsche Bahn hat am Freitag in Verden über die weiteren Schritte zur Umsetzung des Großprojekts Hamburg/Bremen-Hannover zur Verbesserung des Seehafenhinterlandverkehrs berichtet. Zentraler Bestandteil werden Planungsgruppen als „Runde Tische“ sein, um eine breite Beteiligung von Institutionen und Initiativen bei der Umsetzung der einzelnen Abschnitte auch schon vor dem Planfeststellungsverfahren zu gewährleisten.

Ein Schritt, den die Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann begrüßt. „Ich habe mich für eine breite Beteiligung der Betroffenen auf Augenhöhe mit den Projektträgern eingesetzt. Es ist gut, dass die Deutsche Bahn diese Anregungen aufnimmt und den Weg konsequent fortsetzt,“ so Lühmann. „Es wird jetzt darauf ankommen, gemeinsam konstruktiv an der Umsetzung der Ziele und Bedingungen des Dialogforums zu arbeiten.“

Die Planungsgruppe für den Bereich Celle wird das Gebiet Celle/Lehrte umfassen. Dort müssen dann aus Sicht Lühmanns auch die konkreten Anforderungen der Region an den Schienenlärmschutz auch an Strecken, die nicht ausgebaut werden, durchgesetzt werden. „Das Dialogforum hat klare Bedingungen formuliert, jetzt geht es an die Umsetzung,“ so Lühmann.

Disclaimer: Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie jederzeit eine E-Mail an kirsten.luehmann@bundestag.de senden und sich aus dem Verteiler nehmen lassen.